

facts

0104

themenschwerpunkt: politische partizipation

studien

- Einstellungen jugendlicher ÖsterreicherInnen zu EU-Wahlen** 2–3
Forschungsbericht des ÖJ
- Sind Jugendliche reif zum Wählen?** 4–5
Sekundäranalyse zur Senkung des Wahlalters
- „Nichts für uns – ohne uns!“** 6–7
Ergebnisse einer Kinder- und Jugendbefragung

praxis

- It's my part(icipation)** 8
Partizipationsprojekte für Jugendliche

buch rezeption

- Jugend ohne Politik** 9–10
Politisches Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen

programm

- be a part@word up! 20** 11
SchülerInnenparlament
- Girls in Politics!** 11
Politiklehrgang für Schülerinnen

Einstellungen jugendlicher ÖsterreicherInnen zu EU-Wahlen

Forschungsbericht des ÖIJ im Auftrag der BJV, Wien 2003

studie

Kontakt:

Österreichisches Institut für Jugendforschung
T: (01) 214 7881
F: (01) 214 7881-9
www.oeij.at
oeij@oeij.at

Bundesjugendvertretung
T: (01) 214 4499
F: (01) 214 4499-10
www.jugendvertretung.at
office@jugendvertretung.at

Text: **Reinhard Zuba**

Der Forschungsbericht beruht auf standardisierten Daten, die im Rahmen einer EU-Studie in 10 europäischen Städten repräsentativ erhoben wurden, sowie auf qualitativen Daten, die in einer Fokusgruppengruppendiskussion gesammelt wurden. Die Analyse der Daten zeigt, dass die österreichischen Jugendlichen die Partizipationsmöglichkeit bei der EU-Wahl nutzen werden, obwohl sie der Begrenztheit demokratischer Einflussmöglichkeiten in der EU kritisch gegenüber stehen.

In 10 verschiedenen Städten Europas wurden 2002 je 400 Jugendliche im Alter von 18 bis 24 mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Die Stichproben sind repräsentativ für die jeweiligen Städte. Befragt wurden Jugendliche in Österreich: Bregenz und Wien/Deutschland: Bielefeld und Chemnitz/Spanien: Madrid und Bilbao/Großbritannien: Manchester und Edinburgh/Slowakei (Bratislava) und Tschechien (Prag).

Lokale und regionale Wahlbeteiligung: Junge ÖsterreicherInnen im Mittelfeld

Hinsichtlich der beabsichtigten Beteiligung an lokalen Wahlen, also an Gemeinderats- bzw. Bezirksratswahlen, liegen die österreichischen jungen Erwachsenen im oberen Mittelfeld: Nur Bielefeld und Bilbao weisen höhere Werte auf als Wien mit 68,5%. Vorarlberg liegt mit 62,0% im Bereich von Prag und Madrid. Was die beabsichtigte Beteiligung an regionalen Wahlen betrifft, liegen Vorarlberg mit 74,3% und Wien mit 72,8% ähnlich hoch wie Chemnitz, Bielefeld und Bilbao.

Österreichische Spitzenplätze bei nationalen Wahlen und EU-Wahlen

In Wien ist der Anteil der Jugendlichen, die beabsichtigen an einer nationalen Wahl teilzunehmen, mit 85,5% im internationalen Vergleich mit Abstand am höchsten. Vorarlberg liegt mit 79,8% gleich hoch wie Bratislava, Chemnitz, Bielefeld und Prag. Bezüglich der Wahlen zum Europäischen Parlament geben in Wien 76,8% der befragten Jugendlichen an, sich daran beteiligen zu wollen. Das sind deutlich mehr als in allen anderen Regionen. In Vorarlberg sind es mit 69,3% etwa gleich viel wie in Prag und in Bratislava, Bilbao und Bielefeld. Chemnitz und Madrid liegen mit 50–60% im internationalen Durchschnitt, während es in Edinburgh und Manchester nur weniger als ein Drittel der Jugendlichen sind.

Hoher Bildungsabschluss erhöht Wahlbeteiligung

Jugendliche mit hohem Bildungsabschluss bringen die Absicht sich an Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen häufiger zum Ausdruck: Trennt man zwischen Jugendlichen mit Matura (AHS, BHS) und Jugendlichen mit anderem Bildungsabschluss (Pflichtschule, Lehre, Mittelschule), so zeigt sich sowohl für Wien als auch für Vorarlberg ein Unterschied von etwa 10 Prozentpunkten. Dieser bildungsspezifische Unterschied kommt auch bei einer Unterteilung in Berufstätige einerseits und SchülerInnen/StudentInnen andererseits zum Tragen, da in der untersuchten Altersgruppe vor allem jene Vollzeit erwerbstätig sind, die das Bildungssystem bereits verlassen haben.

Focusgruppen: Europäische Vielfalt macht Einheitsgedanken schwierig

Die meisten der zehn 18- bis 24-jährigen TeilnehmerInnen waren schon mehrfach im Ausland, einige hatten schon längere Zeiträume in anderen Ländern verbracht. Mit einer Ausnahme sind alle TeilnehmerInnen in einer Jugendorganisation haupt- oder ehrenamtlich tätig. Somit entspricht diese Gruppe insofern einer „europäischen Elite“, als die TeilnehmerInnen höher gebildet, sehr mobil und politisch aktiv sind.

Im Gespräch wurde klar, dass Europa nichts Einheitliches ist, sondern ein Gebilde mit unklaren Grenzen, vor allem im Osten, und mit einer unüberschaubaren internen kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Europa hat eine geographische, eine institutionelle, die sich insbesondere auf die Strukturen der EU bezieht, sowie eine emotionale Komponente.

Die emotionale Komponente, die europäische Identität, ist etwas ebenso schwer Fassbares. Einerseits entsteht sie durch das Gefühl der Vertrautheit mit bzw. Wissen über gewisse Regionen in Europa, andererseits entsteht sie durch die Abgrenzung von anderen geo-politischen Einheiten, insbesondere Nordamerikas. Die oben erwähnte Vielfalt, die von den Jugendlichen erlebt wird, macht es jedoch schwer, eine europäische Einheit tatsächlich zu fühlen. Für die meisten ist „EuropäerIn sein“ lediglich ein Etikett, das

man von Nicht-EuropäerInnen bekommt. Die europäische Gemeinschaft ist eher eine Idee, ein Wunsch für die Zukunft, als gelebte und „gefühlte“ Wirklichkeit.

In Bezug auf die Europäische Union wurden in der Diskussion die Europäische Integration und der Erweiterungsprozess stark befürwortet. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass dieser Prozess gleichzeitig andere umso mehr ausschließt und eine „Festung Europa“ entsteht. Weiters wurde sehr einheitlich Kritik am Primat der Wirtschaft geübt und eine stärkere Sozialpolitik gefordert. <

Sind Jugendliche reif zum Wählen?

Sekundäranalyse zur Senkung des Wahlalters

studie

Kontakt:

Österreichisches Institut für Jugendforschung

T: (01) 214 7881

F: (01) 214 7881-9

www.oejj.at

oejj@oejj.at

Text: **Reinhard Zuba**

Die öffentliche Diskussion zum Verhältnis Jugendlicher zur Politik ist in den letzten Jahren vor allem von der These gekennzeichnet, dass die heutige Jugend im Vergleich zu früheren Generationen von einer stärkeren Politikverdrossenheit bzw. Politikmüdigkeit gekennzeichnet ist. Da andere Lebensbereiche wie FreundInnen, Familie oder Freizeit in den letzten Jahren für Jugendliche an Wert gewonnen haben, wurde in der öffentlichen Diskussion gleichzeitig konstatiert, dass eine a-politische Ich-Generation heranwächst, die mehr an der Verwirklichung ihrer hedonistischen Freizeitkultur interessiert ist und weniger Engagement für das gesellschaftliche Gemeinwohl aufbringt.

Ältere Burschen und Mädchen sind dagegen, Jüngere für die Wahlaltersenkung

Allgemein ist es erwünscht, dass sich die jungen Menschen stärker in der Gesellschaft beteiligen. Als eine mögliche Form der Aktivierung wird die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre diskutiert. Von den GegnerInnen kommt das Argument, dass die Jugendlichen selbst eine Wahlaltersenkung ablehnen. Dabei ist deren

Verhalten differenziert zu betrachten. Vor allem ältere Jugendliche, die bereits das Wahlrecht haben, lehnen eine Senkung mehrheitlich mit folgenden Argumenten ab: *keine Lust auf Politik in diesem Alter, sind zu jung, haben keinen Durchblick, sind zu unerfahren*. Je jünger die Befragten sind, desto eher sind sie für eine Wahlaltersenkung: *mit 18 Jahren ist man auch nicht viel reifer, weil es nicht schaden kann zu denken, Politik würde sich dann mehr um die Jugendlichen kümmern, das Interesse an Politik wird gesteigert*.¹

Politisches Interesse korreliert mit der Bereitschaft, wählen zu gehen

Diese Befunde machen deutlich, dass ein Teil der Jugendlichen selbst gegen eine Absenkung des Wahlalters ist. Allerdings ist der Prozentsatz bei den wenig Interessierten und mangelhaft Informierten signifikant höher. Darauf weist nicht zuletzt eine Umfrage bei Kids in den Wiener Jugendzentren hin, die auch zu einem hohen Prozentsatz bereit sind, sich in ihrem Umfeld zu engagieren. 61 % der 11- bis 20-jährigen 619 Mädchen und Burschen sprachen sich für eine Wahlaltersenkung aus. Die Jugendlichen sind auch der Überzeugung, dass es „etwas bringt“, wenn sie wählen gehen (58 %). Knapp die Hälfte der Jugendlichen benötigt allerdings umfangreiche Informationen, um sich in der politischen Landschaft zurecht zu finden.²

Burgenland: jugendliche ErstwählerInnen wurden in den Informationsprozess einbezogen

Die Argumente der BefürworterInnen werden durch die Ergebnisse der Gemeinderatswahl im Burgenland 2002 unterstützt: Im Durchschnitt haben sich 80% der jugendlichen Wahlberechtigten an den Gemeinderatswahlen beteiligt – damit war die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe nur um 5,6% niedriger als jene aller wahlberechtigten BurgenländerInnen, die bei 85,6% traditionell hoch lag. Als Gründe für die hohe Wahlbeteiligung wurden die breite öffentliche Diskussion über die Senkung des Wahlalters in den Medien, die umfassende Information für die unter 18-Jährigen, sowie die gesetzlich vorgesehene Zustellung von amtlichen Musterstimmzetteln an alle Wahlberechtigten knapp vor dem Wahltag angegeben. Ein wesentlicher Grund lag auch darin, dass es in den klein strukturierten Gemeinden leichter möglich war, das Interesse der Wahlberechtigten zu wecken, weil eine persönliche Kontaktaufnahme mit den wahlwerbenden Parteien eher gegeben war.³

Damit spricht auch einiges für die Annahme, dass allein durch die Zuerkennung des Wahlrechts das Interesse an Politik und die Identifikation mit demokratischen Prinzipien zunehmen könnte. Für die politische Sozialisation und politische Bildung bedeuten diese Ergebnisse, dass

für die Entwicklung politisch mündiger, verantwortungsbewusster und aktiver Menschen im frühen Jugendalter Strategien zu entwickeln sind, die aus dem Teufelskreis – sprich geringes bis kein Interesse an Parteipolitik, Meidung politischer Informationen und Auseinandersetzungen, geringe Selbsteinschätzungen politischer Kompetenzen, geringes politisches Wissen, kaum politische Partizipation, Desinteresse an Politik, etc. – herausführen. Durch die Nicht-Einbindung von Jugendlichen auf politischer Ebene wird jedoch dieser Prozess gefördert und wechselseitig hochgeschaukelt.

Gesellschaftliches Engagement ist bei 14- bis 16-Jährigen besonders stark ausgeprägt

Die empirischen Ergebnisse weisen darauf hin, dass das Interesse an politischer Beteiligung bei den 14- bis 16-Jährigen besonders ausgeprägt ist. Im Vergleich zu den älteren Jugendlichen ist hier auch der Prozentsatz jener, die für eine Wahlaltersenkung eintreten, überdurchschnittlich hoch. Jüngere Jugendliche zeichnen

sich auch durch ein hohes Maß an sozialer, politischer und ökologischer Sensibilität aus. Sie sind (noch) bereit, sich für gesellschaftliche Anliegen zu engagieren. Es wäre fatal, Mädchen und Burschen zu mehr politischem Engagement aufzufordern, gleichzeitig ihr „Einmischen-Wollen“ aber nicht ernsthaft zu beachten. Das wäre der sicherste Weg, politisches und soziales Interesse frühzeitig und möglicherweise endgültig im Keim zu ersticken.⁴

Die Befunde einer aktuellen Längsschnittstudie weisen auch darauf hin, dass ein entwickeltes Selbstkonzept an politischen Kompetenzen und an politischem Wissen im Jugendalter die politische Aktivität und Wahlbeteiligung im frühen Erwachsenenalter beeinflussen.⁵ Werden daher Jugendliche frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse eingebunden, steigen ihr Informationsbedarf und das Interesse an politischer Beteiligung. Politisch interessierte und engagierte junge Menschen sind zu einem höheren Ausmaß auch als Erwachsene interessiert und engagiert. <

1) Universität Innsbruck: Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck 2000

2) Bauer, B.: Wahlalterumfrage, in: Zeitschrift der Wiener Jugendzentren 2/02

3) Weikovic, Paul: „Wählen mit 16“; in: Österreichische Gemeindezeitung 11/2002

4) Kromer, Ingrid/Tebich, Heide: 1998, S. 123

5) Krampen, G.: Vorhersage politischer Partizipation und Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Übergang vom Jugend- zum frühen Erwachsenenalter, in: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie, Göttingen 1998

„Nichts für uns – ohne uns!“

Ergebnisse einer Kinder- und Jugendbefragung

studie

Kontakt:

Katholische Jungschar Österreichs
T: (01) 481 0997
F: (01) 481 5488
www.jungschar.at
office@jungschar.at

Österreichische Kinderfreunde
T: (01) 512 1298
F: (01) 512 1298-62
www.kinderfreunde.at
kind-und-co@kinderfreunde.at

Text: **Natalia Wächter**

Die Katholische Jungschar Österreichs und die österreichischen Kinderfreunde haben im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz eine Befragung durchgeführt, bei welcher die Wünsche von Mädchen und Buben erhoben wurden. Die meisten der Befragten waren zwischen 6 und 10 Jahre alt, die kleinsten waren erst 2 Jahre, einige aber auch schon älter als 14. Die beiden Jugendorganisationen gaben am Internationalen Kinderrechtstag 25.000 Kärtchen aus, auf denen die Kinder (bzw. die Eltern der unter 6-Jährigen) ihre Wünsche aufschrieben. Rund 18.000 Kärtchen wurden ausgefüllt und konnten ausgewertet werden.

Fehlende Freizeitangebote und mehr Kinderrechte an der Spitze

Die einzelnen Wünsche der Kinder in Österreich wurden verschiedenen Bereichen zugeordnet: An erster Stelle verweisen die Mädchen und Buben auf fehlende Freizeitangebote. Am zweit häufigsten wünschen sie sich entweder allgemeine oder spezifische Kinderrechte. An dritter Stelle stehen Wünsche, die sich auf Schule und Bildung beziehen. Fast gleich

viele Wünsche betreffen den Bereich der Gewalt; die Kinder wünschen sich ein Ende aller Kriege auf der Welt und ein gewaltfreies Zu Hause. Insgesamt stehen Wünsche, die die Familie betreffen, bei den Kindern an fünfter Stelle. Folgende Tabelle gibt die Reihenfolge der von den Mädchen und Buben genannten Themenbereiche an und zeigt wie viele Wünsche in die einzelnen Kategorien fallen:

		Nennungen
1. Stelle	(Freizeit)angebote	4990
2. Stelle	Kinderrechte	2446
3. Stelle	Bildung/Schule	2160
4. Stelle	Krieg/Gewalt – Frieden	2061
5. Stelle	Familie	1817
6. Stelle	Armut	1582
7. Stelle	Materielles	1268
8. Stelle	Umweltzerstörung/-schutz	1168
9. Stelle	Gesundheit/Körper/Krankheit	1167
10. Stelle	Verkehr	880
11. Stelle	Gesellschaft	876
12. Stelle	Kinderbetreuung	724
13. Stelle	Akzeptanz	643
14. Stelle	Arbeit/Beruf	529
15. Stelle	Freundschaft	416
16. Stelle	(Haus)tiere	397
17. Stelle	Politik	314
18. Stelle	Sicherheit	217
19. Stelle	Phantasienennungen	110

Detailanalysen zu den einzelnen Teilbereichen

Bei den Freizeitangeboten wünschen sich die Kinder vor allem mehr Spielplätze, sie wünschen sich aber auch überhaupt mehr Freizeit zu haben. Neben dem Wunsch nach mehr Spielplätzen würden sie aber auch allgemein mehr Raum für Kinder und Jugendliche und mehr Grünflächen benötigen. Zusätzlich wünschen sich die Mädchen und Buben auch Konzerte und andere Veranstaltungen für Jugendliche, Jugendzentren, Schwimmbäder, sowie mehr kostenlose Angebote für Kinder und Jugendliche.

Die von den Befragten geforderten Kinderrechte betreffen vor allem zwei Bereiche; erstens das Recht aller Kinder auf Bildung und zweitens ein allgemeines Mitspracherecht. Viele Wünsche fallen auch in die Bereiche „Rechte und Gerechtigkeit für Kinder“ oder sprechen die Forderung nach mehr Freiheit für Kinder aus. Häufig wird auch der Wunsch nach härteren Strafen bei Gewalt gegen Kinder genannt.

Die meisten der Wünsche, die in die Kategorie Bildung/Schule fallen, betreffen allgemeine Verbesserungen im Bildungsbereich. Konkreter wünschen sich die Kinder weniger Schulstunden, mehr Turnunterricht, weniger Lernen, mehr Ferien, aber auch mehr Schulaktivitäten, besser ausgebildete LehrerInnen und keine Stundenkürzungen.

Die befragten Kinder äußern sehr häufig die Angst vor dem Krieg und den Wunsch nach dem Frieden. Sie möchten, dass Gewalt sowohl auf den Straßen sowie auch in der Familie vermieden wird, und dass Menschen, die von Gewalt betroffen sind, geholfen wird. An erster Stelle steht in diesem Bereich der allgemeine Wunsch nach einer Welt ohne Kriege. An zweiter Stelle fordern die Mädchen und Buben, dass Kinder nicht geschlagen werden dürfen.

Im Bereich der Familie wünschen sich die Kinder in erster Linie, dass die Eltern mehr Zeit für sie haben. Daneben wünschen sich auch viele eine Verbesserung der Familiensituation, ein Zusammenbleiben der Familie oder allgemein mehr Liebe, Aufmerksamkeit und Zuneigung.

Insgesamt ist auffallend, dass Materielles in den Wünschen der Kinder nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Bekämpfung und Beseitigung der Armut ist ihnen dagegen wichtiger. Dabei wünschen sie sich vor allem „Essen für alle“.

Unterschiede nach Altersgruppen

Während sich sowohl Mädchen und Burschen als auch Kinder von der Stadt und vom Land nur geringfügig unterscheiden, gibt es – wenig überraschend – deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen: Bei den 2- bis 5-Jährigen werden vor allem Wünsche wie mehr Spielplätze, mehr Grünflächen zum Spielen, „alle sollen lieb zueinander sein“ und „Mama und Papa sollen mehr Zeit haben“ geäußert. Neben diesen altersgemäßen Wünschen fällt auf, dass sich viele Frieden wünschen. „Kein Krieg“ steht bei den 6- bis 10-Jährigen an zweiter Stelle, auch bei ihnen kommt zuerst die Forderung nach mehr Spielplätzen. Zusätzlich wünschen sie sich mehr Freizeit, Essen für alle und keine Gewalt gegen Kinder. Auch die 11- bis 14-Jährigen wünschen sich erstaunlicherweise in erster Linie Spielplätze und auch sie wünschen sich Frieden. Sie fordern Jugendzentren, mehr Konzerte und Veranstaltungen sowie mehr Ausbildungs- und Lehrstellen. <

It's my part(icipation)

Partizipationsprojekte für Kinder und Jugendliche

praxis

Infos, Kontakt, Fotos:

Oliver Korath, 0664/152 32 02,
 arthaberbad@jugendzentren.at
 Tanja Wehsely, (01) 278 76 45-44, 0664/251 31 95,
 t.wehsely@jugendzentren.at
 www.jugendzentren.at

be a part ...

ist die Trademark des Vereins Wiener Jugendzentren für Projekte, Veranstaltungen und Aktionen rund um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. In Kooperation mit den Bezirken und Schulen werden zum Beispiel Jugendparlamente durchgeführt oder Parks umgeplant und dabei immer wieder das wichtige Element Selbstorganisation erprobt und gelernt. Das kurzfristige Ergebnis von der Beteiligung interessierter Kids sind tolle Veranstaltungen, Partys und Workshops von und für Jugendliche. Gleichzeitig erlernen die Jugendlichen auf spielerische Weise was Mitbestimmung bedeuten und bewirken kann. Längerfristig müssen jedoch auch die Rahmenbedingungen für jugendliche Partizipation verbessert werden. Projekte sollen nicht an rechtlichen Bestimmungen, die oftmals mit hohen Kosten verbunden sind, scheitern. Wie sollen Jugendliche zum Beispiel ihre eigenen Partys machen, wenn die bürokratischen Auflagen nicht zu überwinden sind? Mit der Kampagne „be a part“ wollen die Wiener Jugendzentren Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse Jugendlicher lenken und Diskussionen auslösen.

be a part@jugendtreff arthaberbad

ist ein laufendes Projekt dieser Partizipationsförderung. Im Februar 2004 hat ein kleines Team begonnen, Jugendliche aus Innerfavoriten für ihr engagiertes Vorhaben zu gewinnen: die Planung, den Bau, die Gestaltung und die gemeinsame Führung eines Jugendtreffpunkts im ehemaligen Freibad am Arthaberplatz. Dazu gibt es auch bereits Kooperationen mit Schulen – in bereits fünf Schulen der Region werden Workshops durchgeführt. Finanziell wird dieses Projekt von der Stadt Wien und dem Bezirk Favoriten unterstützt. Gearbeitet wird in „Kompetenzteams“, in welchen sich interessierte Jugendliche zu Arbeitsbereichen zusammengeschlossen haben, um sicher zu stellen, dass ihre Ideen auch verwirklicht werden. Im Team „Planung“ wird zum Beispiel der einreichfähige Plan gemeinsam mit ArchitektInnen erstellt. Die Vorstellung des Entwurfs bestreiten die Jugendlichen im Bezirk, um den AnrainerInnen im Stadtteil und den Bezirks- und StadtpolitikerInnen ihren Vorschlag zu unterbreiten. Sie vertreten ihre Entscheidungen und beantworten Fragen der jugendlichen und erwachsenen BewohnerInnen sowie der EntscheidungsträgerInnen. Jedes Kompetenzteam wählt im Laufe der ersten Treffen RepräsentantInnen. Deren Aufgabe ist dann zum Beispiel, bei einem monatlichen Jour Fixe die Ideen der einzelnen Gruppen zu einem Ganzen zu verbinden. So sollen auch das Demokratieverständnis, der Umgang mit Konflikten und die Kompromissfähigkeit der Jugendlichen geschult werden. „Learning on the Job“ ist für all das das Motto. <

Jugend ohne Politik

Politisches Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen

buch rezeption

Fritz Oser/Horst Biedermann (Hrsg.) (2003):
Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu
politischem Wissen, Demokratieverständnis und
gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in
der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern.
Zürich/Chur: Verlag Rüegger

Text: **Ulrike Repnik**

Das von Fritz Oser und Horst Biedermann herausgegebene Buch basiert auf der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. In der Schweiz wurde die IEA Studie im Auftrag der Schweizerischen Koordinationskonferenz für Bildungsforschung [CORECHED] durchgeführt. Die der Studie zugrunde liegende Frage lautet, wie die Wirkung der Politischen Bildung in verschiedenen Ländern ausfällt. Befragt wurden Jugendliche im Alter von 14–15 Jahren. Ziel war es, vergleichbare Daten verschiedener Länder zu erhalten, wobei Folgendes untersucht wurde: inhaltliches politisches Wissen, Fertigkeiten für die Interpretation von zivilem und politischem Inhalt, Vorstellungen und Konzepte zur Politik, politische Einstellungen und politische oder politiknahe Handlungen.

Im Buch werden in zehn Beiträgen die wichtigsten Ergebnisse der IEA Studie präsentiert. Die schweizerischen Daten werden dabei in Bezug zu den Daten der anderen 27 Länder gesetzt. Geschlechtsspezifische oder regionale Unterschiede werden in der Studie berücksichtigt.

Im einleitenden Artikel des Buches stellt Fritz Oser die Studie in ihren Grundzügen vor. Als Kernaussage der Studie kann festgehalten werden, dass in allen Ländern die Distanz der Jugendlichen zur Politik als System wächst und Jugendliche kritisch zur Politik innerhalb der Institutionen des politischen Systems stehen. In der unmittelbaren Umgebung, wenn Probleme konkret und erfahrbar und die Wirkungen des eigenen Handelns sichtbar werden, setzen sich Jugendliche aber sehr wohl verantwortungsvoll für Aufgaben des Gemeinwohls ein. Obwohl die Schweiz oft als Musterland der Demokratie bezeichnet wird, zeigt sich, dass dieses Land bei vielen Ergebnissen zur Politischen Bildung mit wenigen Ausnahmen unter dem Durchschnitt liegt.

Bernd Kersten präsentiert in einem Beitrag die Ergebnisse der Studie über das politische Verstehen der Schweizer SchülerInnen, wobei unter politischem Verstehen einerseits inhaltliches politisches Wissen und andererseits die Fähigkeit zur Interpretation von politischen Inhalten verstanden wird. Zusammenfassend kann konstatiert werden, die Schweiz im internationalen Vergleich diesbezüglich durchschnittlich abschneidet. Es zeigt sich darüber hinaus, dass das politische Verstehen der Schweizer SchülerInnen vor allem durch die Anzahl der Bücher, welche sich im Haushalt befinden, durch die erwarteten

weiteren Ausbildungsjahre in der Schule sowie durch das erlebte offene Klassenklima beeinflusst wird.

In einem weiteren Artikel stellt Fritz Oser die Ergebnisse betreffend dem Verständnis Jugendlicher von Demokratie und Staatsbürgerschaft sowie dem Vertrauen in die Regierung dar. Die Studie konstatiert diesbezüglich, dass bei 14- bis 15-jährigen Jugendlichen in allen Ländern ein begrenztes politisches Bewusstsein vorhanden ist. Andrea Haenni Hoti untersucht in ihrem Beitrag das Vertrauen Jugendlicher in staatliche Institutionen und Medien sowie Einstellungen gegenüber der Nation. Es wird deutlich, dass die Schweizer Jugendlichen ihren staatlichen und politischen Institutionen signifikant mehr Vertrauen schenken als der internationale Durchschnitt. Was die Einstellung bezüglich Nation betrifft, so hat die Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz sehr wohl eine positive Einstellung und gefühlsmäßige Bindung an die Schweizer Nation, dennoch liegt das Ergebnis im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt.

In einem weiteren Artikel widmet sich Andrea Haenni Hoti spezifischeren Fragestellungen; analysiert werden die Einstellungen von SchülerInnen zu Chancengleichheit und Gleichstellung von MigrantInnen und von Frauen. Auffallend ist hierbei, dass die Schweiz bezüglich der Einstellungen gegenüber den Rechten von MigrantInnen im internationalen Vergleich gemeinsam mit Slowenien an zweitletzter Stelle liegt. Schweizer Jugendliche sind im internationalen Vergleich also signifikant weniger positiv gegenüber den Rechten von MigrantInnen eingestellt, während sie aber bezüglich Frauenrechte im internationalen Vergleich signifikant positiver eingestellt sind.

Der Beitrag von Carmine Maiello präsentiert die Ergebnisse der IEA Studie betreffend politischem Engagement und politischer Aktivität. Politische Partizipation wurde bei der Untersuchung in vier Teilbereiche gegliedert: Partizipationserfahrungen, politisches Interesse, Teilnahme an politischen Aktivitäten und zu erwartende politische Partizipation. In einem weiteren Artikel stellt Maiello Modelle zur Erklärung von politischem Wissen und politischem Engagement dar.

Horst Biedermann präsentiert die Ergebnisse der Studie bezüglich politischer Bildung in der Schule. Hier wurden auch LehrerInnen befragt. Ein Teilergebnis lautet, dass sich LehrerInnen in der Schweiz politische Bildung nicht als eigenes Schulfach wünschen, sondern am bestehenden Modell – in der Schweiz wird politische Bildung auf verschiedene Fächer aufgeteilt – festhalten wollen. Betreffend Partizipation und Diskursorientierung in Schule und Jugendorganisationen stellt derselbe Autor in einem weiteren Beitrag fest, dass partizipativen Prozessen in den untersuchten Ländern, inklusive der Schweiz, von den Jugendlichen großer Wert beigemessen wird. Auf den Resultaten der Studie baut der abschließende Beitrag auf, in dem Fritz Oser der Frage nachgeht, was politische Bildung sein könnte. <

programm

be a part@word up! 20

Word up, das heißt soviel wie „Sag's!“ und steht am Anfang jedes Projekts mit diesem Titel als eine Aufforderung an Kinder und Jugendliche sich doch zu Wort zu melden – und genau das tun sie! Jugendliche wissen was sie wollen, können Situationen einschätzen und haben gute Ideen, wie sich in den bereits vergangenen SchülerInnenparlamenten „word up!“ zeigte. Die JugendarbeiterInnen des Vereins Wiener Jugendzentren fungieren als FörderInnen dieser Ideen, die von den Kindern und Jugendlichen auch mit PolitikerInnen diskutiert werden. Die Themen werden von den SchülerInnen selbst gewählt. Am 16. Juni 2004 findet übrigens das Word up! SchülerInnen/Jugendparlament im 20. Bezirk statt. Mehr zu Word up! auf www.jugendzentren.at!

Girls in Politics!

Bereits im Herbst 2000 startete make it – das Büro für Mädchenförderung, eine Initiative des Büros für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg und von Akzente Salzburg, mit „girls in politics“ einem Politiklehrgang für Schülerinnen. Ziel war, das gesellschaftspolitische Engagement der jungen Frauen zu fördern und sie bei ihren ersten Schritten auf dem politischen Parkett zu unterstützen. Der nächste Politiklehrgang ist 2005 geplant. Inhalte der Lehrgänge: Politische Grundlageninformation, Frauengeschichte, Kommunikation, Medien, Besuche an einer Landtags- Gemeinderats- und Nationalratssitzung. <

Weitere Informationen:

www.akzente.net/make-it

Kontaktadresse:

Teresa Lugstein
 make it – Büro für Mädchenförderung
 Glockengasse 4c
 5020 Salzburg
 T: (0662) 84 92 91-11
 F: (0662) 84 92 91-16
make.it@akzente.net

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Österreichisches Institut für Jugendforschung,
Maria-Theresien-Straße 24/10, 1010 Wien.
T: (01) 214 7881-0, E-Mail: oeij@oeij.at, Internet: www.oeij.at

Redaktion: Natalia Wächter

facts erscheint monatlich, Einzelheft € 4,-
Halbjahresabo (6 Hefte) € 22,-

Diese Publikation wird vom Landesjugendreferat Wien gefördert.